

**Betriebssatzung für den Eigenbetrieb des
Verbandsgemeindewerks Jockgrim Abwasser
vom 15.12.2008
zuletzt geändert am 02.01.2024**

Der Verbandsgemeinderat Jockgrim hat auf Grund des § 24 und des § 86 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GemO) in Verbindung mit der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebs

- 1) Die Abwasserbeseitigungseinrichtung der Verbandsgemeinde wird als Eigenbetrieb nach der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung und den Bestimmungen dieser Satzung geführt.
- 2) Zweck des Eigenbetriebs ist es, Schmutz- und Niederschlagswasser von den in der Verbandsgemeinde Jockgrim gelegenen Grundstücken abzuleiten und unschädlich zu beseitigen.
- 3) Der Eigenbetrieb kann alle seinem Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

§ 2

Name des Eigenbetriebs

Der Eigenbetrieb führt die Bezeichnung „Verbandsgemeindewerk Jockgrim -Abwasser-“

§ 3

Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebs beträgt 500.000 EUR.

§ 4

Werkausschuss

- 1) Der Verbandsgemeinderat wählt einen Werkausschuss, der sowohl aus Ratsmitgliedern, als auch aus sonstigen wählbaren Bürgerinnen und Bürgern besteht. Die Zahl der Ratsmitglieder muss mindestens die Hälfte der Mitglieder betragen. Die Mitglieder des Werkausschusses sollen die für ihr Amt erforderliche Sachkunde und Erfahrung besitzen.
- 2) Der Werkausschuss entscheidet insbesondere über die ihm durch die Hauptsatzung übertragenen Angelegenheiten.

§ 5

Bürgermeister

- 1) Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Eigenbetriebs sowie Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter der Werkleitung.
- 2) Der Bürgermeister kann der Werkleitung Einzelanweisungen erteilen, wenn sie zur Sicherstellung der Gesetzmäßigkeit, wichtiger Belange der Verbandsgemeinde, der Einheit der Verwaltung oder zur Wahrung der Grundsätze eines geordneten Geschäftsganges notwendig sind.

§ 6

Werkleitung

- 1) Es werden ein Werkleiter und sein Stellvertreter (Vertreter im Verhinderungsfalle) bestellt.
- 2) Zur laufenden Betriebsführung, die der Werkleitung obliegt, gehören insbesondere
 1. die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge, einschließlich der Abwicklung des Leistungsaustausches,
 2. der Einsatz des Personals,
 3. die Anordnung von Instandsetzungsarbeiten,
 4. die Beschaffung von Vorräten im Rahmen einer wirtschaftlichen Lagerhaltung,
 5. die Erteilung des Zwischenberichts gemäß § 21 EigAnVO bis spätestens 30. September,
 6. die Aufstellung des Wirtschaftsplans, des Jahresabschlusses, des Jahresberichts, des Beteiligungsberichts und des Lageberichts,
 7. der Abschluss von Verträgen, deren Wert im Einzelfall 10.000,-- EUR nicht übersteigt,
 8. der Stundung von Forderungen bis zu 10.000,-- EUR,
 9. der Erlass von Forderungen bis zu 1.000,-- EUR.

- 3) Die einzelnen Fachabteilungen und Bediensteten der Verbandsgemeindeverwaltung Jockgrim wirken bei der Aufgabenerledigung unter Anwendung des Geschäftsverteilungsplanes mit.

§ 7

Wirtschaftsplan, Beteiligungsbericht

- 1) Der von der Werkleitung aufgestellte Wirtschaftsplan ist rechtzeitig vor Beginn des Wirtschaftsjahres über den Bürgermeister nach Beratung im Werkausschuss dem Verbandsgemeinderat zur Feststellung vorzulegen.
- 2) Der von der Werkleitung erstellte Beteiligungsbericht (§ 86 Abs. 3 Satz 3 iVm § 90 Abs. 2 Satz 1, 2 und 3 Nr. 4 ist mit dem Wirtschaftsplan (Absatz 1) über den Bürgermeister nach Beratung im Werkausschuss dem Verbandsgemeinderat zur Erörterung vorzulegen. Die Verbandsgemeindeverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

§ 8

Inkrafttreten und Übergangsregelungen

- 1) Diese Betriebssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2006 in Kraft.
- 2) Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung vom 01.05.2003 außer Kraft.

Jockgrim, den 15.12.2008
Verbandsgemeindeverwaltung

gez. Schwind
Bürgermeister

Hinweis:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
oder

2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung Jockgrim unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.